

Low-Profit – Ökonomie mit Ökologie versöhnen

Die neoklassische Dogmatik

Unternehmen müssen Gewinne generieren, um am Markt bestehen zu können – so der Tenor neoklassischer Ökonomen. Dieser Leitsatz wird damit begründet, dass sich Unternehmen über den Kapitalmarkt finanzieren und nur dann Kapital erhalten, wenn sie den InvestorInnen eine angemessene Rendite bieten. InvestorInnen erwarten von den Unternehmen, dass sie über den Marktzins hinaus eine angemessene Risikoprämie erwirtschaften. Der Marktzins wird durch die overnight rate (Libor, Euribor) vorgegeben und die Risikoprämie muss das Risiko des Unternehmens abdecken. Und da sowohl der Marktzins als auch die Risikoprämie in der Regel positive Größen sind, müssen Unternehmen so viel Gewinn machen, dass den Eigentümern insgesamt eine positive Rendite ins Haus steht. Eine solche, auf finanzielle Zuwächse ausgerichtete Wirtschaftsweise sehen immer mehr Menschen kritisch, da zu befürchten ist, dass diese mit einem erhöhten Ressourcenverbrauch verbunden ist (Luft, Wasser, Energie, Rohstoffe usw.). Dazu kommt, dass multinationale Unternehmen in letzter Zeit verstärkt versuchen, sich über Lobbying der demokratischen Kontrolle zu entziehen, um ihre Gewinninteressen gegenüber der Allgemeinheit durchzusetzen – Stichwort TTIP. Gefragt sind neue Formen der Unternehmensfinanzierung, die nicht auf Gewinn- und Rendite ausgerichtet sind.

Low-Profit als Alternative zur Neoklassik

Low-Profit ist ein vielversprechender Ansatz, um jenen Investitionen, Unternehmen und Branchen eine Chance zu geben, die aus neoklassischer Sicht unrentabel sind, dafür aber einen sozialen oder ökologischen Mehrwert schaffen, z. B. ökologische Lebensmittelwirtschaft, erneuerbare Energien, Recycling usw. Der Begriff Low-Profit steht für Investitionen, die den Anforderungen der neoklassischen Schule nicht genügen, d. h. deren Erträge zu gering sind, um die geforderte Mindestrendite zu erbringen (Marktzins plus Risikoprämie). Infolge dessen benötigen Low-Profit-Investitionen einen ganz neuen regulatorischen Rahmen, der nur seitens der Politik erstellt werden kann und der es den Unternehmen erlaubt, auf Low-Profit-Basis zu operieren. Low-Profit-Investitionen können ganz entscheidend dazu beitragen, Gemeinwohlziele zu verfolgen, so wie sie in den Sustainable Development Goals (SDG) der Vereinten Nationen formuliert sind und für dessen Erfüllung bis zum Jahr 2030 sich auch Österreich verpflichtet hat.

Instrumente

Low-Profit-Investitionen setzen **neue wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen** voraus. Unternehmen und Branchen brauchen verbindliche Vorgaben, um Low-Profit-Investitionen langfristig planen und finanzieren zu können. Drei Instrumente scheinen hierfür besonders geeignet:

- Vermögensteuer auf Geldvermögen
- Förderkredite an Unternehmen
- Strenge soziale und ökologische Standards

Die vorgeschlagene Vermögensteuer knüpft an Geldvermögen an, die keinem unternehmerischen Zweck dienen: Spareinlagen und Guthaben bei Banken, z. B. Tages- und Festgeldkonten, Sparbücher und Staatsanleihen. Eine solche Vermögensteuer könnte die bisherige Zinsertragsteuer (KESt) ablösen und ist damit keine neue Steuer, sondern könnte ebenso wie die bisherige Zinsertragsteuer an der Quelle (Bank, Finanzintermediär) erfasst und erhoben werden. In Betracht käme ein einheitlicher, linearer Vermögensteuersatz von z. B. 3% und Jahr. Ein großzügiger Freibetrag

schont die KleinsparerInnen und ermöglicht steuerfreies Sparen bis zu einer Freibetragsgrenze von z. B. 200 000 €. Eine Steuer auf Geldvermögen beschert dem Staat nicht nur zusätzliche Einnahmen, sondern erfüllt darüber hinaus auch eine **Lenkungsfunktion**: Wenn man monetäre Geldvermögen höher besteuert, dann investieren AnlegerInnen eher in reale Werte. AnlegerInnen sind dann eher bereit, sich an Unternehmen zu beteiligen und günstig Eigenkapital zur Verfügung zu stellen. So bewirkt eine Vermögensteuer auf monetäre Geldvermögen von z. B. 3%, dass Eigenkapital für Unternehmen ebenfalls um 3% billiger wird. Weitere Instrumente sind staatlich geförderte, zinsfreie oder zinsgünstige Kredite und strenge soziale und ökologische Standards, nach denen die Förderkredite vergeben werden. Auf diese Weise kann die Politik dafür sorgen, die Zinsbelastung von Haushalten, Unternehmen und Institutionen zu reduzieren und Low-Profit-Investitionen ermöglichen.

Low-Profit und die Machtfrage

Beim Thema Low-Profit geht es um die Frage, wie öffentliche Gelder verwendet werden und damit auch um die Machtfrage. Da Low-Profit-Investitionen auf staatliche Förderungen angewiesen sind, impliziert dies, dass wirtschaftliche Aktivitäten vorab in nachhaltig und nicht-nachhaltig, in förderwürdig und nicht-förderwürdig oder – kurz gesagt – in „gut und böse“ eingeteilt werden. Damit erscheint das Low-Profit-Konzept auf den ersten Blick polarisierend. Tatsächlich geht es aber darum, Subventionen an strenge soziale und ökologische Standards zu knüpfen und umweltkontraproduktive Subventionen zu vermeiden, z. B. bei fossilen Energien oder in der konventionellen Landwirtschaft. Subventionen sind nur legitim, wenn sie dem Gemeinwohl dienen. Umgekehrt ist es auch legitim, wenn Unternehmen oder Verbände die Politik anrufen, wenn sie einen nachhaltigen Zweck verfolgen. CSR-Maßnahmen bedeuten für die Unternehmen in der Regel einen zusätzlichen finanziellen Aufwand und zinsgünstige Förderkredite können dazu beitragen, diesen Mehraufwand zu kompensieren. Unternehmen und Verbände müssen ihren Anspruch auf eine unbürokratische und flächendeckende Förderung lobbyieren und **günstige Finanzierungsbedingungen für nachhaltige Investitionen** politisch geltend machen. Last but not least kann man mit dem Thema Low-Profit auch der Macht- und Einkommenskonzentrationen in Unternehmen entgegenwirken, indem der Staat nur jene Unternehmen fördert, die ihre Managergehälter auf ein vernünftiges Niveau deckeln, z. B. auf das 12-fache eines Hilfsarbeiters.

Momentum 16: Macht / 13. - 16. Oktober 2016 in Hallstatt

Policy-paper zum Track: Macht der Ökonomie, Ohnmacht der Ökologie

Christian Fahrbach

christian.fahrbach@web.de

low-profit.blogspot.co.at

Wien, 11.04. 2016